

Dr. Hans-Joachim Berg, MdA

HALBZEIT – ABER WIR GEHEN NICHT IN DIE PAUSE!

**UNSERE ARBEIT ALS STARKE,
UNBEQUEME OPPOSITION IM
BERLINER ABGEORDNETENHAUS**

Eine Dokumentation



**Mut zur
Wahrheit.**

Alternative

**für
Deutschland**

www.alternativefuer.de

Dr. Hans-Joachim Berg, MdA

**Halbzeit – aber wir gehen
nicht in die Pause!**

**Unsere Arbeit als starke,
unbequeme Opposition im
Berliner Abgeordnetenhaus**

Eine Dokumentation für
die Bürger in Steglitz

Geleitwort des Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin



Am 18. September 2016 ist die AfD mit einem sehr guten Ergebnis von 14,2 Prozent in das Berliner Abgeordnetenhaus eingezogen. Unsere 22 Abgeordneten genießen inzwischen bei Freund und Feind den Ruf als scharfe und profunde Kritiker des rot-rot-grünen Senats und sind somit gleichermaßen gefürchtet wie geachtet. Unser Ziel war es von Anfang an, konstruktive Politik für die Stadt und ihre Menschen zu machen. Darum haben wir den Berliner Kurs beschlossen, der mittlerweile bundesweit von den AfD-Fractionen angenommen worden ist. Dieser Berliner Kurs beinhaltet, dass wir für uns Regierungsfähigkeit herstellen, inhaltlich und sachorientiert arbeiten und stets konstruktiv sein wollen.

Nach zweieinhalb Jahren im Abgeordnetenhaus von Berlin haben wir uns tief in alle Sachgebiete eingearbeitet. Der Fraktion ist es gelungen, für zahlreiche Fachgebiete – z. B. Sicherheit, Bildung, Verkehr, Wohnen – eigene Politikkonzepte zu entwickeln und vorzustellen. Die AfD-Fraktion ist daher inzwischen bereit, Regierungsverantwortung in der deutschen Hauptstadt zu übernehmen.

Dazu ist es allerdings notwendig, dass auch die anderen Oppositionsfraktionen tatsächlich gewillt sind, mit uns gemeinsam Verantwortung in Berlin und für die Berliner zu übernehmen und mit uns zusammenzuarbeiten. Die bürgerliche Opposition in Berlin muss endlich begreifen, dass ein Politikwandel weg vom realitätsfernen linken Mainstream und hin zur Vernunft ohne die AfD nicht möglich ist.

GEORG PAZDERSKI

Es ist Halbzeit, aber wir gehen nicht in die Pause!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Steglitzer, liebe Nachbarn,

meistens hören und lesen Sie von »Ihren« Abgeordneten nur dann etwas, wenn es um Neuwahlen geht. Ich bin aber davon überzeugt, dass Sie einen Anspruch darauf haben, über meine Arbeit und die meiner Fraktion in dieser Form schon jetzt informiert zu werden.

Als Bürger dieser Stadt benötigen Sie nicht die Brille von anderen, um sich einen Eindruck von unserer politischen Arbeit zu machen. Vielmehr sollten Sie selbst entscheiden, was die AfD in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren für unsere Stadt geleistet hat.

Mit dieser Halbzeit-Broschüre will ich Ihnen einen Überblick über die bisherige Arbeit meiner Fraktion und über meine eigenen Aktivitäten im Abgeordnetenhaus von Berlin geben.

Dabei wird es Sie sicherlich überraschen, mit welch breitem Themenfeld sich die AfD den Aufgaben unserer Stadt gestellt hat. Anders als unsere politischen und publizistischen Gegner behaupten, zeigen wir Alternativen auch abseits der großen beherrschenden Themen wie der weiterhin unregelmäßigen Massenzuwanderung und der bürgerfremden Politik der EU auf und bieten Lösungsvorschläge an.

Auf den folgenden Seiten habe ich für Sie zusammengestellt, mit welchen Anträgen und Anfragen wir die Möglichkeiten



der parlamentarischen Oppositionsarbeit bisher genutzt haben.

Sie erhalten zudem einen Einblick in meine Reden im Abgeordnetenhaus, in denen ich als Mitglied des Kultur- und des Rechtsausschusses jene Aufgaben und Themen aufgreife, die mir für unsere Stadt und für unser Land ganz besonders am Herzen liegen.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre und freue mich, wenn Sie Interesse an einem Gedankenaustausch zu meiner Arbeit für die Bürger unserer Stadt haben.

Mit guten Grüßen Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Hans-Joachim Bey". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

PS: Und wenn Sie sich wundern, warum Sie von all unserer Arbeit so wenig in den Medien mitbekommen: Fragen Sie doch einmal bei Ihrer Zeitung oder dem rbb nach!

Inhalt

Halbzeitbilanz:

Die AfD-Fraktion Berlin wirkt! 6

Dokumentation:

Meine Plenarreden (Auswahl) 20

Dokumentation:

Meine Pressemitteilungen (Auswahl) 36

Dokumentation:

**Schriftliche Anfragen aus der AfD-Fraktion
an den Berliner Senat (Auswahl)** 46

Die AfD-Fraktion Berlin wirkt! Unsere erfolgreiche Halbzeitbilanz* und unser Arbeitsprogramm für eine lebenswerte, sichere und bürgernahe Hauptstadt



Berlins Bürger sind unzufrieden, denn Rot-Rot-Grün erzeugt keine Aufbruchsstimmung

57 Prozent der Berliner glauben, dass ihre Stadt schlecht auf die Zukunft vorbereitet ist, nur 29 Prozent sind der Ansicht, dass Berlin gut gerüstet ist. Auf die Frage, wie sie die Situation in wichtigen Bereichen des menschlichen Lebens in zehn Jahren einschätzen, erwartet nur einer von sechs Berlinern eine Verbesserung. Der weit überwiegende Teil ist dagegen der Auffassung, dass die Lage beim Verkehr, beim Wohnen, bei der Sicherheit und bei der Pflege öffentlicher Plätze und Parks im nächsten Jahrzehnt noch schlechter sein wird als heute. Auch im Bereich der Bildung, insbesondere bei den Schulen, bei der Tätigkeit der Verwaltung oder bei der Integration von Muslimen sowie dem sozialen Zusammenhalt sind die Erwartungen vieler Berliner sehr gering. Es ist bezeichnend, dass diese pessimistische Haltung parteiübergreifend ist. Selbst Anhänger der Parteien, die den zweiten Senat Müller tragen, vertrauen nicht auf die Lösungskompetenz der Regierenden. Rot-Rot-Grün erzeugt keine Aufbruchsstimmung und vermittelt auch keine überzeugende Zukunftsperspektive, sondern steht für Rückschritt, Versagen und Pessimismus.

* Die vollständige Fassung finden Sie unter: <https://www.afd-fraktion.berlin/single-post/2019/03/16/Halbzeitbilanz-2019>



Die AfD ist bereit zur Übernahme von Regierungsverantwortung

Die AfD-Fraktion ist die einzige Fraktion, die sich dafür einsetzt, dass in Berlin **ein echter Politikwechsel** stattfindet. Wir kämpfen dafür, dass in Berlin eine bürgerliche Regierung den nächsten Senat bildet. Nur so können wir mit einem Regierungswechsel einen **Kurswechsel** herbeiführen.

Längst wird die Einbeziehung der AfD in die Regierungsverantwortung – innerhalb der AfD und in der Öffentlichkeit – bundesweit offen diskutiert. Das bestätigt unseren »Berliner Kurs«. Doch solange bei anderen Parteien kein Umdenken stattfindet, sieht die AfD ihre Aufgabe darin, die mutige, bürgernahe und kompetente Stimme der Opposition gegen den rot-rot-grünen Senat zu sein. Diese Aufgabe nimmt die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit Erfolg und hoher öffentlicher Resonanz wahr. Selbstverständlich sind wir bereit, auch mit den anderen Oppositionsparteien konstruktiv zusammenzuarbeiten, wenn es um gemeinsame Interessen wie z. B. die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, die Reform der Parlamentsarbeit oder die Einbringung von Misstrauensanträgen gegen Mitglieder des Senats und deren Vertreter geht.



Die AfD-Fraktion wirkt – im Abgeordnetenhaus und in der öffentlichen Debatte

Von Beginn an stand für die AfD-Fraktion Berlin die Sacharbeit im Vordergrund. Während der **rot-rot-grüne Senat versucht, die Bevölkerung in Freund und Feind zu spalten** und kleinen, aber gut organisierten Gruppen ein Forum zu bieten, orientiert sich unsere Arbeit am Gemeinwohl. Wir kümmern uns um das, was die Berliner wirklich bewegt. Unsere Vorschläge sind die Antwort auf die Einflussnahme von zahlreichen Lobbyisten, weltfremden Ideologen und selbsternannten Sprechern von Minderheiten, die mit Hilfe des rot-rot-grünen Senats die Stadt ihren Wünschen, Vorstellungen und finanziellen Interessen unterordnen.

Inzwischen hat die AfD-Fraktion in enger Abstimmung mit den Stadträten, Bezirksverordneten und Fachleuten aus den eigenen Reihen und unter Nutzung der Erkenntnisse der empirischen Sozialforschung eine Reihe von Konzepten und Vorschlägen vorgelegt, wie sie bürgernah und gemeinwohlorientiert bessere Lebensverhältnisse in Berlin erreichen will. Dies sind unsere Angebote an die Bürgergesellschaft und an die übrigen Parteien zum Dialog:

- ➔ Mit unseren konkreten **Konzepten zur Bekämpfung des Terrorismus**, der allgemeinen und der organisierten **Kriminalität** stellt die AfD-Fraktion Berlin die Sicherheit der Bürger und den Schutz des Rechtsstaates in den Vordergrund.
- ➔ Wir fordern mehr politischen und gesellschaftlichen **Rückhalt für alle Sicherheits- und Rettungskräfte**. Dazu brauchen wir eine deutliche Erhöhung der

Polizeistärke und damit Polizeipräsenz. Wir wollen die Verbesserung der Ausstattung und Ausrüstung, orientiert an den modernsten Standards, auch für Feuerwehren und sonstige Rettungsdienste sowie die an der Bundesbesoldung orientierte Entlohnung. Damit wollen wir erreichen, dass Polizei und Rettungsdienste ihre Aufgaben hochmotiviert und uneingeschränkt wahrnehmen können und die Berliner wieder Vertrauen gewinnen und sich in ihrer Stadt sicher fühlen.

- ➔ Nach wie vor bewegt die Berliner die weitgehend unkontrollierte **Massenzuwanderung**. Dies betrifft insbesondere die von vielen Bürgern als unfair empfundene Privilegierung von Migranten. Hervorzuheben sind hier die Wohnungsvergabe, die Sozial- und Gesundheitsleistungen sowie zweierlei Maß bei der Strafverfolgung. Kritikpunkt der Bürger ist auch das völlige Versagen des rot-rot-grünen Senats bei der Abschiebung. Die genannten Kritikpunkte sind deshalb ein politischer Schwerpunkt der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Dabei geht es uns nicht darum, die Massenzuwanderung isoliert zu betrachten, sondern wir zeigen die vielen negativen gesellschaftlichen Folgen des unkontrollierten Zustroms von gering oder nicht Qualifizierten auf. Zuwanderung ist kein isoliertes Thema, sondern hat erhebliche negative Auswirkungen auf den Landeshaushalt und auf nahezu alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens, wie z. B. in den Bereichen Kitas, Schulen, soziale Sicherung, Kriminalität, Gesundheitsversorgung, Wohnungssuche, Frauenrechte, Antisemitismus und Religionsfreiheit.

- ➔ Unser umfassendes, zukunftsorientiertes Konzept zur **Verkehrspolitik** zeigt, wie man die Interessen aller Verkehrsteilnehmer unter Nutzung modernster Technologien miteinander in Einklang bringen kann, statt die Nutzer unterschiedlicher Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen.
- ➔ Die AfD-Fraktion wirbt für eine **schlanke, effiziente, bürgernahe und wirtschaftsfreundliche Verwaltung** und für mehr Bürgerbeteiligung im Land und in den Bezirken.
- ➔ Mit unserem **Bildungskonzept** wenden wir uns gegen ideologisch fehlgeleitete Erziehungsexperimente, die unseren Kindern schaden und die Zukunftsfähigkeit und den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt und unseres Landes aufs Spiel setzen. Wir setzen auf klare Regeln und stellen die Beherrschung der deutschen Sprache sowie der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen in den Vordergrund.
- ➔ Beim **Wohnungsbau** weisen wir den Weg, wie man mehr bauen und wie man mehr Mieter zu Eigentümern machen kann, auch wenn sie nicht zu den wohlhabenden Berlinern gehören. Wir wollen die Förderung von Wohnungsgenossenschaften als Anbieter günstiger Mietwohnungen. Die Mietnebenkosten müssen sinken. Hinderliche Bauvorschriften sind abzuschaffen.
- ➔ In den **Haushaltsberatungen** sind wir der Anwalt der Steuerzahler. Wir decken rot-rot-grüne Gefälligkeitsgeschenke an ihre eigene Klientel auf. Wir bringen

Licht in die oft verschlungenen Kanäle staatlicher Subventionen für die Nutznießer von Rot-Rot-Grün.

- ➔ Die Fraktion versteht sich als Hüter der **Sozialen Marktwirtschaft** im Sinne von Ludwig Erhard. Wir treten konsequent ein für Unternehmertum, Wettbewerb, technischen Fortschritt und Privateigentum. Nur mit einer florierenden Privatwirtschaft können staatliche Leistungen für unsere Rentner, unsere Kinder und unsere tatsächlichen Bedürftigen erwirtschaftet werden.

- ➔ Bei der **Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit** stellen wir uns gegen jede Relativierung und Verharmlosung der SED-Diktatur. Wir stehen an der Seite der Opfer des SED-Unrechtsregimes und heben uns damit vom Opportunismus anderer Fraktionen deutlich ab.

Mit all diesen und vielen weiteren Initiativen hat die AfD-Fraktion neue Akzente in der politischen Debatte im Abgeordnetenhaus und in der Öffentlichkeit gesetzt. Die anderen Fraktionen haben darauf reagiert, indem sie die Positionen der AfD-Fraktion verrissen, verfälscht oder ignoriert haben, um sich dann mit einigem zeitlichen Abstand freigiebig aus diesem Forderungskatalog zu bedienen – egal ob bei der Inneren Sicherheit, beim Verkehr oder beim Thema Wohnen. Natürlich verschweigen sie es, wenn sie geistigen Diebstahl begehen. Tatsache ist: Die AfD-Fraktion Berlin wirkt aus eigener Kraft und dadurch, dass wir den anderen mit unseren Ideen auf die Sprünge helfen.

**Die AfD-Fraktion Berlin steht für eine moderne, bürger-
nahe Kommunikation ohne Ausgrenzung und Zensur**


Die AfD-Fraktion Berlin nutzt die sozialen Medien, um auf kreative und moderne Art Vorurteile, Lügen und Zensur zu konterkarieren und angebliche Wahrheiten und vermeintliche Besitzstände in Frage zu stellen. So betreiben wir Aufklärung für die Bürger. Immer wieder greift die Fraktion in den sozialen Medien mit dem Mut zur Wahrheit Themen auf, die kontrovers sind, auch wenn das von denen, die kritisiert werden, als Provokation aufgefasst wird. So fördern



*Die Fraktion der AfD
bei der konstituie-
renden Sitzung am
27. Oktober 2016*

wir ein Umdenken und geben denen eine Stimme, die sich von dem, was andere ihnen gedanklich verordnen wollen, ausgegrenzt fühlen. Die überaus hohen Reichweiten vieler solcher Beiträge und unserer Kampagnen zeigen, dass unsere Aufklärungsarbeit großen Zuspruch in der Bevölkerung, auch über die Grenzen Berlins hinaus, findet.





»Ja« zum Kampf für die Demokratie, »Nein« zu linker Gehirnwäsche und jeder Spielart von politischem oder religiösem Extremismus

Die AfD-Fraktion Berlin ist die einzige politische Kraft im Abgeordnetenhaus, die sich konsequent gegen jede Form von Extremismus wendet, egal ob er von links oder rechts kommt oder religiös begründet wird. In unserem Berlin darf es keinen Platz für politisch oder religiös motivierte Gewalt, Terrorismus, politisch verbrämte Rechtsbrüche und die Missachtung des Grundgesetzes geben. Antisemitismus, Rassismus oder andere Formen menschenverachtender Diskriminierung Einzelner oder von Gruppen treffen auf unseren entschiedenen Widerspruch.

Wir sind strikt dagegen, dass unter dem Deckmantel der »Demokratieförderung« Organisationen verhätschelt und mit öffentlichen Geldern subventioniert werden, die nur vorgeben, den Extremismus zu bekämpfen, aber ihrerseits das Recht Andersdenkender auf friedliche Ausübung der Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit verhindern wollen. Für Abgeordnete, Mitglieder und Wähler der AfD ist die destruktive Tätigkeit solcher demokratiefeindlicher Gruppen in Berlin eine tägliche, persönliche Erfahrung. Ein Bekenntnis zum »Kampf gegen rechts« macht aus linken oder religiös geprägten Demokratiefeinden noch keine Hüter des Grundgesetzes.

Wer, unter welcher Begründung auch immer, den Boden des Grundgesetzes verlässt, wird stets auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. Wir lehnen einen verkürzten Demokratiebegriff ab, der nur dem das Recht auf die eigene Meinung zugesteht, der ohnehin gleichgesinnt ist. »Political

Correctness« ist für uns nicht die Voraussetzung, sondern der Tod einer jeden politischen Debatte. Wir treten Gehirnwäsche und Umerziehung entgegen, egal ob sie im Namen des sogenannten Antifaschismus, im Namen des »Genderismus«, der »Political Correctness« oder unter Berufung auf sonstige Modethemen betrieben werden.

Die AfD-Fraktion Berlin hat von Anfang an gezeigt, dass sie auf Verstöße gegen ihre Grundsätze in den eigenen Reihen mit der erforderlichen Klarheit und Konsequenz reagiert. Während andere Fraktionen den Kontakt zum extremen linken Rand pflegen, linken Extremismus und religiöse Intoleranz schönreden, grenzen wir uns klar von jedweder Spielart des Extremismus ab. Der Kampf für eine freiheitliche Demokratie, die nicht Gruppen von Bürgern ausgrenzt, bleibt zentrales Leitmotiv unserer Arbeit im Abgeordnetenhaus.



Unser Weg nach vorn

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werden wir unseren bisherigen Kurs unbeirrt fortsetzen. Wir wollen mit einer erfolgreichen Bilanz unter der Überschrift »Die AfD-Fraktion Berlin wirkt!« 2021 vor die Wähler treten. Schon jetzt kann sich unsere Bilanz sehen lassen. Darüber hinaus haben wir noch weitere Initiativen geplant. Wir werden uns noch enger mit den AfD-Fraktionen in den Bezirken verzahnen und die Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion, der künftigen Fraktion im Parlament der EU und den anderen AfD-Landtagsfraktionen weiter ausbauen:

- ➔ Wir ergänzen die Reihe unserer Konzepte für die Zukunft Berlins um weitere Themenbereiche wie z. B. Wirtschaft, Gesundheit und Sport. Wir werden unsere Konzepte zur Erarbeitung von Anträgen im Parlament weiterentwickeln. Sie sind auch Gesprächsgrundlage für den Dialog mit den Organisationen der Bürgergesellschaft.
- ➔ Wir richten weiterhin unser besonderes Augenmerk darauf, das Wunschdenken von Rot-Rot-Grün zu entlarven, den Fakten widersprechende Behauptungen und Annahmen zu hinterfragen und die Gefahren aufzudecken, die den Berlinern drohen, wenn Ideologie mehr Gewicht bekommt als die Realität. Dazu gehört, dass wir den Mythos von der angeblich unvermeidbaren und von den Bürgern gewünschten »wachsenden Stadt«, an der sich alles und jeder orientieren soll, auf der Basis von Fakten einer ehrlichen und ungeschminkten Analyse unterziehen.

- ➔ Beim Thema Integration stellen wir uns gegen die Blauäugigkeit des Senats. Wir werden eigene Vorstellungen erarbeiten, wie wir künftig mit den unterschiedlichen Formen der Zuwanderung umgehen wollen. Unser Ziel ist es, dass Berlin wirtschaftlich zukunftsfähig, sicher und kulturell ein Teil Deutschlands bleibt, statt eine beliebige gesichts- und geschichtslose Metropole zu werden, die sich zufällig auf dem Boden Deutschlands befindet.



AfD-FRAKTION
BERLIN



Im Gespräch mit einer Kollegin aus einer anderen Fraktion

- ➔ Mit einer eigenen »Vision Berlin 2050 – Erfolgreichste Metropolregion Europas als Drehscheibe zwischen Ost und West« werden wir aufzeigen, wie wir uns ein lebenswertes, sicheres, bürgernahes und international wettbewerbsfähiges Berlin in der Zukunft vorstellen und welche Hindernisse auf dem Weg dorthin zu überwinden sind. Die »Vision Berlin 2050« wird Grundlage unserer künftigen Arbeit im Abgeordnetenhaus sein. Zugleich soll sie Dreh- und Angelpunkt für das künftige Regierungsprogramm der AfD Berlin sein.

- ➔ Die Metropolregion Berlin steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor enormen Herausforderungen, insbesondere in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik, die nur gemeinsam mit unserem Nachbarbundesland Brandenburg erfolgreich bewältigt werden können. Deshalb haben die AfD-Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus und im Brandenburger Landtag eine strukturierte und enge Zusammenarbeit vereinbart. Unser Ziel ist es, die außergewöhnlichen Herausforderungen, vor denen in den nächsten Dekaden die Metropolregion Berlin-Brandenburg stehen wird, gemeinsam anzupacken und zukunftsweisende Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die sich am Wohl der Berliner und Brandenburger orientieren.

- ➔ Der Schutz der Demokratie und der Kampf gegen politischen und religiösen Extremismus bleiben Schwerpunkte der AfD-Fraktion Berlin. Die Subventionierung von Intoleranz aus öffentlichen Geldern nehmen wir nicht kritiklos hin. Besonders die Haushaltsberatungen nutzen wir, um demokratiefeindliche Fehlansätze schonungslos aufzudecken und die Berliner Bürger über den Missbrauch ihrer Steuergelder zu informieren.

Dokumentation: Meine Plenarreden (Auswahl)



Rot-rot-grüner Teppich für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher

*Aktuelle Stunde am
24. November 2016*

Nach unserer Geschäftsordnung findet eine Aktuelle Stunde statt, wenn es um ein Thema von allgemeinem Interesse geht. Wie wahr! Es ist von höchstem allgemeinen Interesse, dass die sich bildende rot-rot-grüne Koalition dabei ist, den Amtseid ihrer zukünftigen Senatoren zu verletzen, bevor er auch nur abgelegt worden ist, denn dem Wohle des Volkes, auf das Sie schwören werden, kann es unmöglich dienen, wenn Sie dabei sind, einen rot-rot-grünen Teppich für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher in diese Stadt, in diese Gesellschaft auszurollen.

Anders kann die Absicht aus Ihrem Koalitionsvertrag nicht verstanden werden, auf die Inhaftierung von Verurteilten grundsätzlich zu verzichten. Sie haben ja vereinbart: Der Anspruch bleibt; der offene Vollzug ist der Regelvollzug. – Man fragt sich, ob die Koalitionäre die bisherigen bitteren Erfahrungen mit diesem offenen Vollzug bewusst ihrer linken Resozialisierungsromantik geopfert haben.

Erinnert sich noch jemand in diesem Haus an das Jahr 2007, das sogenannte Jahr der offenen Tür in den Berliner Haftanstalten? Damals flohen in den ersten neun Monaten des Jahres 85 Gefangene aus dem offenen Vollzug, und die ver-

antwortliche Justizsenatorin behauptete, dass nur »ungefährliche Straftäter« geflohen seien. Aber ist das wirklich so? Fliehen immer nur ungefährliche Straftäter aus dem offenen Vollzug?


Die Realität zeigt ein anderes Bild, das ich hier nur in Teilen wiedergebe. Verurteilte Mörder flohen aus dem offenen Vollzug im Mai 2007 der JVA Brandenburg, im Juli 2011 der JVA Torgau, im August 2012 der JVA Wriezen, im Juni 2016 der JVA Euskirchen. Der offene Vollzug bietet nicht nur bereits verurteilten Mördern die Gelegenheit zur Flucht. Ebenso werden Straftäter im offenen Vollzug selbst erst zu Mördern. Ein Mann, der trotz 27 Vorstrafen im offenen Vollzug der JVA Diez war, rammte auf seiner Flucht den Kleinwagen einer 21-jährigen jungen Frau, die später daraufhin starb. Der Mann wurde wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Ich hoffe, dass die nachfolgenden Redner der Koalition nicht auf irgendwelche Rückfalltäter-, Profil- oder sonstige Statistiken verweisen, um die angebliche Irrelevanz des Themas zu untermauern. Abgesehen davon, dass die Erstellung oder eben gerade die Nichterstellung von Statistiken bereits zum Bestandteil eines gelähmten Rechtsstaates geworden ist, sollte sich auch bei Ihnen eine prozentbasierte Relativierung von menschlichen Einzelschicksalen verbieten. Jedes einzelne Opfer eines im offenen Vollzug befindlichen Straftäters, jedes einzelne Opfer eines aus dem offenen Vollzug fliehenden Straftäters ist nicht nur ein Tatopfer. Es ist auch das Opfer einer bewusst herbeigeführten Politik. Es ist auch Ihr Opfer! Und deshalb sagt die AfD: Der Rechtsstaat braucht vor allem Respekt. Und Respekt bedarf des Willens und der Fähigkeit, den Rechtsstaat auch durchzusetzen. Aber mit Ihrer Koalitionsvereinbarung betreiben Sie keine Durchsetzung

des Rechtsstaates; Sie betreiben im Ergebnis eine konsequente Zersetzung des Rechtsstaates.

Ein Rechtsstaat, der sich selbst nicht ernst nimmt, wird von niemandem ernst genommen. Dass Sie Ihre Zersetzung des Strafvollzugs dann auch noch unter der Überschrift »Ein bürgernahes und lebenswertes Berlin« verpacken, überschreitet die Grenzen zum Zynismus.

Wer wie Sie auf die Inhaftierung von Verurteilten grundsätzlich verzichten will, der betreibt eine ideologisch verblendete und längst als weltfremd erwiesene Resozialisierungsromantik. Dem scheint die Lebensqualität des kriminellen Milieus in dieser Stadt wichtiger zu sein als die der Opfer dieses Milieus. Der betreibt die größte Demotivationskampagne für Polizeibeamte, Staatsanwälte, Richter und Justizvollzugsbeamte. Aber vielleicht gibt es doch noch Hoffnung auf einen Rechtsstaat, der sich nicht aufgibt und der sich nicht lächerlich macht. Wir alle wissen, dass Koalitionsvereinbarungen weder eins zu eins noch von A bis Z umgesetzt werden. Deshalb wendet sich die AfD-Fraktion ganz bewusst an Sie, Herr Regierender Bürgermeister.

Verzichten Sie darauf, auch in Ihrer Regierungserklärung diesen rot-rot-grünen Teppich für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher auszurollen!



***Die Stelle des Vertrauensanwalts / der Vertrauens-
anwältin zur Korruptionsbekämpfung
stärken und zügig neu besetzen***

Am 12. Januar 2017

Wie kann man einer im Grunde guten Sache möglichst großen Schaden beifügen? – Indem die falschen Leute zur falschen Zeit die Sache aufgreifen.

Lassen Sie mich zunächst zum falschen Zeitpunkt kommen! Es ist wirklich grotesk, dass diese Koalition ausgerechnet jetzt das augenscheinlich zentrale Thema der Berliner Politik, den bisher von kaum jemandem zur Kenntnis genommen Vertrauensanwalt, als dringlichen Antrag in diese Plenardebatte gedrückt hat. Meine Fraktion hat bewusst darauf verzichtet, die Frage der wirklichen Dringlichkeit dieses Antrags im Sinne von § 59 unserer Geschäftsordnung zu problematisieren.

Nein, wir wollen schon, dass die Bürger unserer Stadt erfahren, was diese Koalition in der gegenwärtigen Situation unserer Stadt für dringlich hält. Unsere Stadt ist vor keinen vier Wochen Ziel des gewalttätigsten islamisch motivierten Terroranschlags in unserem Lande geworden. Da gab es keine Dringlichkeit mit angemessenen konkreten Sicherheitsvorkehrungen, die zur Sicherheit unserer Bürger beigetragen hätten. Da gab es keine Dringlichkeit mit deutlicher Führung und Richtlinienkompetenz. Dringlich war aber dem Herrn Justizsenator ausgerechnet die Einführung abstruser Klosettategorien.

Ja, so kann man Prioritäten setzen. Und wir sagen: In den vergangenen Wochen hat diese Koalition so gut wie alle Prioritäten in den Sand gesetzt.

So falsch wie der Zeitpunkt sind die politischen Kräfte, die sich ausgerechnet jetzt des Vertrauensanwaltes bemächtigen wollen. Wahrscheinlich wird es nicht nur mir so gegangen sein, als ich Ihren Antrag zum ersten Mal überflog und die Stichworte »dringlich« und »Korruptionsbekämpfung« las. Alle Achtung, konnte man meinen, der Senat schafft es zwar nicht, seinen Stasi-Staatssekretär zu entlassen, aber jetzt machen die wenigstens Schluss mit der Korruptionsaffäre um den Leiter der Senatskanzlei. – Das war offensichtlich zu optimistisch. Aber wir sind dennoch dankbar, dass diese Koalition selbst das Thema Korruptionsbekämpfung aufgreift. Denn Ihre Partei, Herr Regierender Bürgermeister, ist es doch, bei der jedem Berliner Bürger das Stichwort vom roten Filzhaus einfällt. Herr Regierender Bürgermeister! Wenn Sie das Thema Korruptionsbekämpfung wirklich so ernst meinen würden, wie es der Koalitionsantrag vorspiegeln will, könnten Sie gleich bei sich in Ihrem Senat damit anfangen.

Sie entsorgen einen Bausenator, dessen Offenheit für Spenden von Bauinvestoren legendär ist, ausgerechnet als Innensenator. Sie halten einen Staatssekretär, dessen Verhältnis zur Korruption Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen ist. Dieses Haus wartet im Übrigen immer noch auf die Beantwortung der Frage, wann und wie der Leiter Ihrer Senatskanzlei von den Korruptionsuntersuchungen der Staatsanwaltschaft gegen ihn erfahren hat und wann und wie er seiner Beamtenpflicht nachgekommen ist, den Regierenden Bürgermeister davon zu unterrichten. Und

weil wir gerade bei Ihren Staatssekretären sind: Sie halten einen Staatssekretär, der ein sehr eindeutiges Verhältnis zur Staatssicherheit der DDR hat. Und sie halten eine Staatssekretärin, die ein bedeutend weniger eindeutiges Verhältnis zum Islamismus hat.

Die Einbettung Ihres sogenannten Dringlichkeitsantrags in das allumfassende Fehlstartszenario dieser Koalition ist in allem auch ein Tort, den Sie der Institution des Vertrauensanwalts antun. Die zahlenmäßig sehr spärlichen Erfahrungen des Vertrauensanwalts gaben bisher keinen Anlass, die Aufgabe zu überschätzen. Auch nach unserer Auffassung lohnt es sich, in den Ausschussberatungen über weitere Details – und ich denke hier insbesondere an die breitere Bekanntmachung des Vertrauensanwalts – zu einem Konsens zu kommen. Mit der Institution eines Vertrauensanwalts kann sich meine Fraktion auch deshalb durchaus anfreunden, weil in unseren Landes- und Bundesprogrammen ganz ähnliche Vorstellungen zu einer sauberen öffentlichen Verwaltung beschlossen sind. So fordern wir, die Steuerverschwendung als Straftatbestand zu erfassen und einen unabhängigen Amtsankläger einzuführen.

Besonders aufmerksam hat uns in Ihrem Antrag gemacht, dass Sie die Stelle zügig neu besetzen wollen. Wenn das dann auch noch in einem dringlichen Antrag eingebunden wird, sollten bei allen Bürgern die Alarmglocken läuten.

In einer von tiefrotem Filz durchdrungenen Stadt werden wir als Opposition mit höchster Aufmerksamkeit darauf achten, mit welcher Personalie diese dringliche und zügige Besetzung verbunden wird. Seien Sie sich sicher, dass es Ihnen nicht gelingen wird, unterhalb der Wahr-



nehmungsschwelle der Öffentlichkeit irgendwelche bei Senats- oder Bezirksamtsposten zu kurz Gekommenen als Vertrauensanwalt mit einem Trostpflaster zu versorgen! Ich hoffe, dass Sie nicht einmal darüber nachdenken, etwa die wegen ihrer linksextremistischen Unbelehrbarkeit als Stadträtin durchgefallene Parteifreundin als Anwältin für eine saubere Verwaltung wiederaufstehen zu lassen. Auch deshalb wird meine Fraktion mit Überzeugung der Überweisung in den Rechts- und in den Hauptausschuss zustimmen.



Das Kreuz gehört auf die Schlosskuppel!

Am 22. Juni 2017

Herzlich willkommen zur ersten Debatte über ein Schlossgespenst in diesem hohen Hause. Aufgescheucht hat dieses Schlossgespenst ausgerechnet die Stiftung Zukunft Berlin mit ihrem Versuch, aus den Tiefen uralter Schlossdebatten die Frage der historischen Rekonstruktion neu aufzuwerfen. Bei der bekannten Prioritätensetzung dieses Senates, seien es abstruse Klosett-kategorien, die Metropole der Einwegbecher oder Haftverschonung für Berufungsverbrecher, kann es kaum verwundern, dass Kultursenator Lederer sich sogleich an diesem Gespenstertanz beteiligt hat. Die Linke bläst die Sache nun zu einem Nachhutgefecht in einem erfolglosen Kulturkampf auf. Offensichtlich ist ihr der Phantomschmerz über den Verlust von Hammer und Sichel an der Stelle des jetzigen Schlossportals in die Glieder gefahren.

Die linken Kulturkämpfer haben eine Tonlage eingelegt, als ob es darum ginge, dass wiedererstandene Schloss durch einen finsternen Spendencoup plötzlich in einen Kirchenbau umwidmen zu wollen. Was für ein Blödsinn! Deshalb sagen wir: Das Kreuz an dieser Stelle ist kein Zeichen einer christlichen Inbesitznahme, sondern ein historisches Zitat. Durch den Traditionsbruch vom Gottesgnadentum hin zur Volkssouveränität hat das Kuppelkreuz seine damalige Symbolwirkung verloren. Dass die Linke dieses Zitat löschen will, ist genau jene Art von Geschichtsverachtung, die schon immer Gesinnungsdiktaturen ausgezeichnet hat.

Wer den neuen Menschen schaffen möchte, für den sind die Wurzeln der Vergangenheit kein Halt, sondern eine Bedrohung. Niemand wird durch das Kreuz auf der Kuppel gezwungen, Christ zu werden, aber auch das Kreuz und nicht nur das auf der Kuppel, gehört zum Bestandteil unserer Geschichte.

Die CDU versucht mit ihrem Antrag, den Glanz des goldenen Kreuzes auf der Schlosskuppel auf ihr verblässendes C umzulenken.

Das ist ebenso durchsichtig wie vergeblich. Es ist doch reiner Zeitgeistopportunismus, wenn die CDU das Schloss als Produkt der europäischen Kultur darstellt.

Nein, das Berliner Stadtschloss war über die Jahrhunderte seines Werdens hin das Produkt preußischen Herrschaftswillens und preußisch definierter Architektur und Kunstmeisterschaft. Sehen wir mal hinsichtlich der Meisterschaft über den eingestürzten Münzturm hinweg! Da gibt es nichts zu relativieren und zeitgeistig einzuordnen, wie es die CDU macht. Das Berliner Stadtschloss war das Schloss preußischer Herrscher, und unsere demokratische Republik hat sich dieses Schloss selbstbewusst neu angeeignet, und das ist auch gut so.

Die Union verkennt die Rechtfertigung und den Sinn der beschlossenen und genehmigten historischen Rekonstruktion, wenn sie ihren Antrag mit dem Satz schließt: Auf die Kuppel gehört ein Kreuz. – Nein, auf die Kuppel gehört eben nicht *ein* Kreuz. Auf die Kuppel gehört *das* Kreuz, und zwar das Kreuz als Bestandteil der gesamten Fassadenrekonstruktion.

Mit ihrem Antrag scheint die Union der Kritik der Linken recht geben zu wollen, dass das Kreuz an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang als christliches Auftrumpfen missverstanden werden soll. Aber genau dieser Bedeutungszusammenhang verbietet sich, wenn man Bundestagsbeschluss und Baugenehmigung ernst nimmt. In beiden kommt das Kuppelkreuz nicht vor. Das muss es auch gar nicht, weil keines der Hunderte von Fassadenelementen tabellarisch erwähnt wird. Gewollt und genehmigt ist die historische Rekonstruktion der Schlosshülle. Das wird auch genauso kommen und wenig Rücksicht darauf nehmen, ob der eine oder andere sich innen mehr Preußen und außen mehr Palast der Republik gewünscht hätte. Deshalb sollten alle Seiten das Kreuz auf der hohen Kuppel religionspolitisch niedriger hängen. Die AfD-Fraktion wird sich deshalb dem Antrag der

CDU-Fraktion nicht anschließen können. So, wie wir uns durch das Schlossgespenst der Linken nicht aufschrecken lassen, lassen wir uns auch von der durchsichtigen Anbieterei der Union nicht vereinnahmen. Mit unserer Enthaltung unterstreichen wir, worum es ausschließlich und auch völlig ohne Unionsantrag geht: Das Kreuz gehört auf die Kuppel, das Kreuz kommt auf die Kuppel, und das ist gut so.



Endlich ein Bibliothekskonzept mit Substanz vorlegen!

Am 14. Juni 2018

Die Koalition simuliert mit ihrem Antrag für ein Bibliothekskonzept nur ein ernsthaftes Bemühen, die Situation der öffentlichen Bibliotheken in unserer Stadt zu verbessern. Nach ihren eigenen Vorgaben soll diese Simulation auf jeden Fall bis zum 30. Juni nächsten Jahres verlängert werden. Was danach geschehen soll, steht in den Sternen.

Wer wirklich die Bibliotheken in unserer Stadt voranbringen und zukunftsfähig machen will, sollte zunächst den Bericht der Expertenkommission aus dem Jahre 2005 auswerten und erst dann nach neuen Experten rufen. Wem dieser Expertenbericht zu lange zurückliegt, der hätte sich wenigstens mit den offenen Briefen des Arbeitskreises Berliner Stadtbibliotheken von 2017 ernsthaft auseinandersetzen sollen.

Der Kultursenator lobt sich in seiner Antwort vom 6. Juni 2017 an den Arbeitskreis wie folgt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

»Mit der ›Zukunftsstrategie‹ für die Berliner öffentlichen Bibliotheken hat die Kulturverwaltung mit den Bezirken eine vom Senat beschlossene Strategie.«

Was ist diese sogenannte Strategie von 2017 wert, wenn die Koalitionsfraktionen ein Jahr später schon wieder eine neue Strategie entwickeln lassen wollen?

Ihr Konzeptantrag ist offenbar nichts weiter als eine Vorlage für weiteres Nichtstun. Anstatt sich als Parlamentarier ernst zu nehmen und dem Senat ernsthafte inhaltliche Hausaufgaben zu diktieren, listen Sie in Ihrem Antrag im Wesentlichen nur eine Reihe organisatorisch-bürokratischer Vorgaben auf. Dabei haben es unsere öffentlichen Bibliotheken in den Schulen, in den Bezirken, in den wissenschaftlichen Institutionen und in der Landesbibliothek selbst mehr als verdient, endlich eine verbindliche, zukunftsorientierte, technische, finanzielle, personelle und schließlich auch bauliche Perspektive zu erhalten. Denn noch immer gilt: Wo Bücher sind, da ist auch Bildung. Deshalb ist es eine unersetzliche öffentliche Aufgabe, diesen Zugang nicht nur jedermann niederschwellig zu ermöglichen, sondern zum Lesen geradezu zu verführen.

Dazu leisten Sie leider keinerlei inhaltlichen Beitrag. Ihr ganzer Antrag vermittelt den Eindruck, dass Sie sich hier ein parlamentarisches Fleißkärtchen ausstellen lassen wollen, ohne wirkliche parlamentarische Fleißarbeit geleistet zu haben. Diese dünne parlamentarische Wasseruppe werden wir mit Ihnen nicht gemeinsam auslöffeln. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab.



Menschenwürde, aber ohne Wieder- gutmachungs-rassismus!

Am 28. Juni 2018

Zu Beginn meines Beitrages will ich (wie die Vorrednerin) kein Gedicht zitieren, sondern – vielleicht ist es ein ganz guter Anlass – das Grundgesetz:

»Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft ... benachteiligt oder bevorzugt werden.«

Ich will nun nicht behaupten, dass die Autoren des Koalitionsantrages diesen zentralen Satz unseres Grundgesetzes nicht kennen. Sicher ist aber, dass sie diesen Satz als Verfassungsauftrag nicht ernst nehmen. Sicher ist, dass sie weder den staatlichen Institutionen noch den Bürgern unseres Landes zutrauen, Diskriminierung zu erkennen, zu bekämpfen und zu beseitigen.

Schauen wir einmal auf die Fakten. Laut Statistischem Bundesamt leben in Deutschland 539385 Menschen mit afrikanischer Staatsangehörigkeit, ein Anteil von etwa 0,65 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der sogenannten Afrodeutschen in der Berliner Bevölkerung beträgt nach Schätzungen rund 1,9 Prozent.

Angesichts der Zahlen stellt sich die Frage, warum gerade diese Gruppe von Menschen herausgestellt und besonders gefördert werden soll. Und stellt die Nichtförderung von anderen Minderheiten dann nicht eine schwerwiegende Diskriminierung dar? Wer ständig neue Vorschriften, Aktionen und Organisationen erfindet, weil er die bestehenden

nicht konsequent anwendet, setzt sich dem Verdacht aus, nicht Probleme beseitigen zu wollen, sondern die Diskussion über Probleme als ideologischen Selbstzweck zu betreiben.

Und genau darum handelt es sich bei dem Antrag der Koalition. Anstelle mit Konsequenz gegen alltäglichen Rassismus und Antisemitismus in unserer Stadt vorzugehen, flüchten Sie in neue Programme, Projekte und Partnerschaften.

Ihr Antrag bereitet die Grundlage für weitere selbstreferenzielle Betroffenheitsnetzwerke, die mit Millionen von Euro Steuergeldern Diskriminierung nicht beseitigen, sondern unserem Land eine nahezu groteske Kolonialismusdebatte aufzwingen wollen.

Die politische Linke in Deutschland lässt keine Gelegenheit aus, die Frage nach der deutschen Identität für nahezu unanständig zu halten. Mit umso größerer Besessenheit werden aber die Identitätssuche und Identitätspflege anderer Völker zur Menschheitspflicht verklärt.

Jede Minderheit hat nach Ihrer Lesart ein Anrecht auf Identität. Nur wer Mehrheit ist, hat kein Recht, seine Identität zu leben.

Das ist genau die Situation, die Thilo Sarrazin mit einem Buch, *Deutschland schafft sich ab*, so zutreffend und erfolgreich beschrieben hat.



*Dr. Hans-Joachim
Berg mit einer
Besuchergruppe im
Abgeordnetenhaus*

Diese Art von Wiedergutmachungs-rassismus wird die AfD-Fraktion nicht unterstützen und Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen.

Die Koalition muss sich schon fragen lassen, ob sie mit ihrem Antrag nicht selbst einem ganz massiven Rassismus verfallen ist, denn die ausschließliche Fokussierung auf Benachteiligung von Schwarzen ist auch eine Ausgrenzung. Ihr weißer Blick auf schwarze Probleme offenbart genau die Bevormundung, die Sie angeblich bekämpfen wollen.

Mit welchem Recht versagen Sie den Angehörigen anderer Rassen Ihre politische Fürsorge? Glauben Sie, dass die Leiden von Schwarzen es rechtfertigen, über die Leiden anderer zu schweigen? Wir sollten uns davor hüten, einen Kampf um die Spitze der weltweiten Opferpyramide zu unterstützen. Rassismus und Diskriminierung sind farbenunabhängig, und leider ist die Hoffnung von Nelson Mandela auf ein farbenblindes Afrika unerfüllt geblieben. Ja, auch Opfer von Rassismus und Diskriminierung können Täter von Rassismus und Diskriminierung sein. Wir können die Augen nicht vor den millionenfachen Massakern in Ruanda verschließen. Wir können den Rassismus der südafrikanischen Regierung gegenüber weißen Farmern nicht übersehen.

Wir können das Morden von Ausländern gleicher Hautfarbe in Südafrika nicht ausblenden.

Unsere Ablehnung von Rassismus und Diskriminierung erfolgt eben nicht aus Ihrer Perspektive des Wiedergutmachungsrassismus, sondern aus der Überzeugung von der unteilbaren Würde und Eigenverantwortung der Menschen aller Hautfarben.

Dokumentation: Meine Pressemitteilungen (Auswahl)



Volksbühne aus Würgegriff der Kulturstalinisten befreien

»Die Duldung der rechtswidrigen Besetzung ist der nächste rotrotgrüne Skandal in Berlin. So kann es nicht weitergehen! Kunst unter dem Druck der Straße kann keine freie Kunst sein. Kultursenator Lederer und Innensenator Geisel müssen darum einen konsequenten Schlusstrich ziehen und die Besetzung auf Kosten der Steuerzahler beenden. Sonst macht sich die Theaterstadt Berlin weltweit lächerlich.

Chris Dercon hat eine Chance verdient. Die selbsternannten Kulturwächter haben sich dagegen mit ihrem Versuch, einen Intendanten wegzuputschen, ins Abseits gestellt. So etwas kann und darf nicht geduldet werden. Ich fordere darum den Senat auf, die Volksbühne aus dem Würgegriff der Kulturstalinisten zu befreien. Zudem muss aufgeklärt werden, welche Rolle Mitarbeiter der Bühne bei den gesetzeswidrigen Aktionen spielen.«



Senat schützt Berufskriminelle, indem er nichts von ihnen wissen will

Der Berliner Senat ist ahnungslos, wenn es um die mehrfache Verhängung von Bewährungsstrafen gegen denselben Täter geht. Informationen hierüber lägen nicht vor. »Ich fordere den Senat auf, seine offensichtlich gewollte rechtspolitische Blindheit unverzüglich aufzugeben. Es muss wenigstens erfasst werden, bei wie vielen und bei welchen Verurteilungen mehrfach Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Regelmäßig müssen die Berliner aus Presseberichten erfahren, wie viele Personen Polizei und Justiz als Intensivtäter, also mehrfach vorbestrafte Berufskriminelle, bekannt sind. Besonders verstörend sind dabei Fälle, in denen Personen mit einer Unmenge an Bewährungsstrafen immer wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Mit dieser Kuscheljustiz bringt der Rechtsstaat sich selbst um jeden Respekt. Viele Intensivtäter sehen Gesetze und Strafandrohungen mittlerweile als lächerliche Drohgebärde, die einer kriminellen Karriere in keiner Weise im Wege steht. Diesen Verlust an Achtung vor dem Staat und seinen Institutionen beseitigt man ganz sicher nicht, indem man vor den Tatsachen die Augen verschließt.«



Deutsches Theater soll bei Auftragsproduktionen Gesinnungskorridor verlassen

Der Intendant des Deutschen Theaters und Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Ulrich Khuon, wurde von mir aufgefordert, neue Ideen bei Auftragsproduktionen zuzulassen. Hintergrund ist die Ausgrenzung von Bestsellerautor Uwe Tellkamp (*Der Turm*), der zuvor Tendenzen zu einer Gesinnungsdiktatur im Kulturbetrieb festgestellt hatte. In einem persönlichen Schreiben an Khuon forderte ich ihn auf:


»Bei aller Kritik an Ihrer willigen Einreihung in einen wie auch immer definierten ›Kampf gegen rechts‹ weigere ich mich, mir vorzustellen, dass Sie sich darüber hinaus wirklich einer offenen, kontroversen, freiheitlichen und spannenden künstlerischen Bearbeitung von gesellschaftlich relevanten Themen und Konflikten verweigern wollen.

Ich bitte Sie deshalb, ja, ich fordere Sie auf: Öffnen Sie das von Ihnen verantwortete Deutsche Theater auch für den in der Gesellschaft täglich stattfindenden Diskurs! Haben Sie den Mut, Auftragsproduktionen auch an solche Dramatiker und Schriftsteller zu vergeben, die Fragen der Identität von Land, Kultur und Volk, Fragen der Gewinner und Verlierer von Globalisierung, Fragen bewusster staatlicher Rechtsmissachtungen, Fragen der Zerstörung familiärer Zusammenhalte durch Genderpropaganda usw. thematisieren.



*Dr. Hans-Joachim
Berg im Kulturaus-
schuss*

Hier gäbe es ein weites, spannendes und lohnendes Feld, über Ausgrenzung, Diskursausschluss, soziale Isolation und wirtschaftliche Existenzbedrohung derjenigen zu inszenieren, die sich die Freiheit nehmen, den Dogmen des gegenwärtigen Gesinnungskartells zu widersprechen. Messen Sie Ihre unabdingbare künstlerische Freiheit mit der Elle der Freiheit und nicht mit der Elle der Gesinnung!«



***Wieder Missbrauch von Steuergeldern für Hetze
gegen die Alternative für Deutschland durch
Berlins Gesinnungs-Theater***

Das durch die Berliner Steuerzahler mit über 13 Millionen Euro subventionierte Maxim-Gorki-Theater hat auf seiner Internetseite einen Aufruf für Proteste gegen die große Demonstration der AfD am 27. Mai 2018 veröffentlicht. Dazu erklärte ich:

»Mit seinem infamen Aufruf spannt sich das Gorki-Theater erneut vor den gesinnungspolitischen Propaganda-Karren der vereinigten Linken in Berlin, anstatt seinem freiheitlich-pluralistischem Kulturauftrag gerecht zu werden! Auch wenn den Berlinern einschlägig bekannt ist, dass das Maxim-Gorki-Theater (und andere Bühnen der Stadt wie das Deutsche Theater) seine ›Kunstfreiheit‹ zum Gesinnungskampf gegen die Freiheit Andersdenkender missbraucht, werden wir immer wieder auf die ideologischen Liebedienste der Berliner Gesinnungstheater hinweisen.

Doch nicht nur das Gorki-Theater, auch die Sophiensæle sowie das ›Hebbel am Ufer‹ – beide mit Senatsgeldern gefördert – reihen sich als Gesinnungstäter in den Kampf gegen eine demokratische Partei ein, die immerhin stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag ist. Das beweist wieder einmal, dass sich vom Steuerzahler finanzierte Kultureinrichtungen nicht an alle Bürger dieser Stadt richten, sondern von einer Minderheit für ideologische Zwecke missbraucht werden. Anstatt den Zusammenhalt zu fördern und Diskussionen zu eröffnen, spalten sie unsere Stadt und unser Land.

Die oft beschworene Kunst- und Meinungsfreiheit gilt in diesem üppig subventionierten Gesinnungskartell nur für jene, die auf der vermeintlich richtigen Seite stehen und gleiche Ansichten teilen. An einem offenen Diskurs und einem Widerstreit der Meinungen scheint niemand interessiert zu sein. Der undemokratische Geist steht in diesem Milieu keineswegs rechts, er steht ganz klar links!

Die staatlich alimentierten Theater dürfen nicht ausgrenzen und diffamieren, sondern sollen für alle Bürger da sein und zu einer demokratiewürdigen Auseinandersetzung der Meinungen und Ideen beitragen. Ich fordere sie deshalb auf, von dem Aufruf der Linksextremisten Abstand zu nehmen. Kulturinstitutionen sind, jedenfalls in einer Demokratie, nicht für Gesinnungspolitik zuständig!«



***Herr Dregger, rufen Sie Ihre Landesvorsitzende
Grütters zur demokratischen Ordnung!***

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur dpa hat die CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters die Absage des Konzertes der linksextremen Punkband »Feine Sahne Fischfilet« durch das Bauhaus Dessau mit den Worten »Es darf niemals der Eindruck entstehen, dass der Druck der rechtsextremistischen Szene ausreicht, ein Konzert zu verhindern« kritisiert. Dazu erklärte ich:

»Die zynische Empörung der CDU Landesvorsitzenden Grütters ist ein weiteres Beispiel für die absichtsvolle Blindheit bei der Ablehnung jeglicher politisch motivierten Gewalt und Gewaltandrohung. Während die AfD ausnahmslos und konsequent jede Gewalt und Gewaltandrohung in der politischen Auseinandersetzung verurteilt und ablehnt, scheint es für die CDU-Landesvorsitzende vor allem darauf anzukommen, wer die Gewaltprediger sind.

Die hundertfachen Angriffe auf AfD-Veranstaltungen, Veranstaltungsorte und auf Repräsentanten der AfD haben bisher zu keiner wahrnehmbaren Entrüstung von Frau Grütters geführt. Die AfD wird die Berliner Bürger weiterhin offensiv darüber unterrichten, dass die CDU in Berlin ein durchsichtiges Doppelspiel betreibt: Während der um innerfraktionelle Anerkennung ringende Fraktionsvorsitzende Dregger den gemäßigten Rechtsstaatsverteidiger gibt, wirft sich seine Landesvorsitzende wieder einmal dem rot-grünen Gesinnungskartell an den Hals. Ich fordere Herrn Dregger auf: Rufen Sie Ihre Landesvorsitzende zur demokratischen Ordnung!«



Migrationspakt ist eine Mogelpackung für Massenmigration

Zur Diskussion um die angeblich völlige Unverbindlichkeit des Migrationspaktes der Vereinten Nationen erklärte ich:

»Nachdem der öffentliche Druck auf die Bundesregierung immer größer wird, im Bundestag eine Debatte über den Migrationspakt der Vereinten Nationen zuzulassen, soll als neue Verteidigungslinie das Argument herhalten, bei dem Pakt handele es sich um völlig unverbindliche Absichtserklärungen rund um das ohnehin nicht aufzuhaltende Phänomen der weltweiten Migrationsströme.

Diese dreiste Märchenerzählung steht in der unheilvollen Tradition der Halb- und Unwahrheiten, wie wir sie in der Europapolitik erfahren haben: keine Finanzierung von Staatsdefiziten (No-Bailout-Klausel); Regelungen durch EU-Recht nur, wenn es einer grenzüberschreitenden Regelung zwingend bedarf (Subsidiaritätsprinzip); Abschaffung des Gerichtscharakters des Europäischen Gerichtshofes zugunsten eines offen parteiischen Integrationsförderungsinstrumentes; Unantastbarkeit der Regelungen der Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften durch die Mitgliedstaaten selbst usw. usw.

Offensichtlich haben sich bisher nur die Regierungen etwa Österreichs – immerhin gegenwärtige EU-Ratspräsidentschaft –, Ungarns, Polens, Tschechiens und der USA die Mühe gemacht, die 32 Seiten Text des Paktes zu lesen. Wer in das Dokument schaut, wird sich von den pauschalen Hinweisen auf die verbleibende Staatensouveränität nicht Sand in die Augen streuen lassen und feststellen: Der Text

wimmelt nahezu vor Bekenntnissen zur Selbstbindung der Unterzeichnerstaaten!

Das Wortgebilde ›Pflicht‹ erscheint in über 90 Varianten.
›Gewährleistungen‹ werden in 37 Fällen ausgesprochen.
›Sicherstellungen‹ sind in 30 Fällen vereinbart.

Und all dies soll ab 2022 in einen permanenten Überprüfungsprozess auf seine Umsetzung und Weiterentwicklung hin geführt werden. Wer vor diesem Hintergrund allen Ernstes von der Unverbindlichkeit des Paktes spricht, verkauft die Bürger und die Öffentlichkeit für dumm. Gerade in Deutschland mit seinem überbordenden Rechtswegestaat bedarf es keiner großen Fantasie, um die Konsequenzen dieser angeblich unverbindlichen Verbindlichkeiten vorherzusehen:

In allen Gerichtsverfahren rund um das Thema Migration werden die Verpflichtungen aus dem Pakt als bindende Interpretationsregeln, gewollte Selbstverpflichtung und vor allem als unüberwindbare moralische Messlatte verstanden werden. Damit sind dann die Maßstäbe für die Öffnung Deutschlands als Zufluchtsgebiet aller Armuts-migranten der Welt festgelegt. Und die Kartellparteien dieser Republik verweigern dazu nicht nur Bürgerpetitionen, sondern auch eine öffentliche Debatte im Deutschen Bundestag. Ein größerer Beitrag zur Entfremdung der Bürger von den Verantwortungsträgern dieses Landes ist kaum vorstellbar.«

Kunstblase zum Platzen bringen!

»Dass ›Die Vielen‹ sich für Kunstfreiheit einsetzen wollen, ist ein Hohn für alle konservativen bzw. nicht-linken Künstler, die nicht nur marginalisiert werden, sondern offener Repression ausgesetzt sind. Wäre die Vereinigung ›Die Vielen‹ konsequent, dann müssten sie eine Quote für konservative Künstler fordern. Mit der heute am Beispiel von Uwe Tellkamp erhobenen Forderung, Rechte im Kulturbetrieb anzugreifen und ihnen den Raum für künstlerisches Schaffen zu nehmen, entlarven sich ›Die Vielen‹ selbst als Feinde der Kunstfreiheit. ›Die Vielen‹ stehen nicht für Freiheit und Vielfalt in der Kunst, sondern für eine sich selbst reproduzierende Kunstblase und ein-dimensional denkende Menschen, die jegliche Bodenhaftung verloren haben. Die AfD wird diese Kunstblase selbstherrlicher Egozentriker zum Platzen bringen!«

Beim Bürgerdialog



Wir lassen nicht locker – das sind auch Ihre Themen!

Nur eine Auswahl aus über 1100 Schriftlichen
Anfragen unserer Fraktion ...

Massenschlägerei auf dem Alexanderplatz im direkten Blickfeld der Alexwache

Drucksache 18 / 18323

Koks- und Drogenlieferdienste in Berlin

Drucksache 18 / 18277

Unwürdige Sanitärverhältnisse im Polizeiabschnitt 53?

Drucksache 18 / 18325

Reparaturarbeiten am Berliner Hauptbahnhof

Drucksache 18 / 18258

Ausgang trotz Sicherungsverwahrung

Drucksache 18 / 18269

Verbilligter Frauenfahrschein der BVG

Drucksache 18 / 18257

WLAN in der Berliner U-Bahn

Drucksache 18 / 18260

Dienst- und Werkdienstwohnungen in Berlin

Drucksache 18 / 18154

Wohnraumeinbrüche in Erdgeschosswohnungen und im Hochparterre

Drucksache 18 / 18189

Katastrophenschutz in Berlin – Teil I

Drucksache 18 / 18122

Steglitz-Zehlendorf: Abgasabsauganlagen

Drucksache 18 / 18022

Berlin: Wege von der Straßensozialarbeit bis zur eigenen Wohnung

Drucksache 18 / 18027

Antisemitismus von Links

Drucksache 18 / 17978

Bebauungsplanverfahren in Berlin – eine unendliche Geschichte?

Drucksache 18 / 17946

Öffentliche Auftragsvergabe Berlin – Teil I

Drucksache 18 / 17951

Zum Gutachten des Zentrums für Antisemitismusforschung über Antisemitismus an Schulen

Drucksache 18 / 17944

Feinstaubbelastung durch das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen

Drucksache 18 / 17886

Berlin: Entziehung der elterlichen Sorge

Drucksache 18 / 17819

Berlin: Sexting und Cybermobbing – Sind unsere Schüler aufgeklärt?

Drucksache 18 / 17817

Sanierungsstau bei den Bezirksbibliotheken

Drucksache 18 / 17799

Grüne Stadt Berlin: Genehmigungen von Veranstaltungen in öffentlichen Grünanlagen

Drucksache 18 / 17766

Neues Präventions- und Interventionsprojekt

»Pro Respekt – gewaltfreie Schulen demokratisch entwickeln«

Drucksache 18 / 17769

Funktion des Öffentlichen Gesundheitsdienstes herstellen!

Drucksache 18 / 17765

Sepsis – eine verkannte Gefahr mit verheerenden Folgen für die Betroffenen!

Drucksache 18 / 17758

Verstöße gegen die Chancengleichheit der Parteien durch die Förderpolitik des Senats

Drucksache 18 / 17757

Berliner Schullandheime

Drucksache 18 / 17754

Baumfällungen auf dem begrünten Mittelstreifen der Sonnenallee

Drucksache 18 / 17753

Privatschule und soziale Separierung

Drucksache 18 / 17755

Berlin: Unterhaltsvorschuss

Drucksache 18 / 17710

Überprüfung der hausärztlichen Versorgung!

Drucksache 18 / 17693

Steglitz-Zehlendorf: Pflegebetrug

Drucksache 18 / 17776

Tätigkeiten der Wohnungsaufsichtsämter 2013 bis 2018

Drucksache 18 / 17676

Städtepartnerschaft mit Paris

Drucksache 18 / 17642

Überdachungen von Freibädern

Drucksache 18 / 17674

Sexualisierte Gewalt im Sport

Drucksache 18 / 17675

Todesumstände der Islamkritikerin

Drucksache 18 / 17605

Arpita Roychoudhury

Drucksache 18 / 17605

Kunstdiebstahl im öffentlichen Raum

Drucksache 18 / 17628

Gasbusse vs. Elektrobusse vs. Dieselmotoren

Drucksache 18 / 17601

Installation Rauchwarnmelder in landeseigenen Mietwohnungen

Drucksache 18 / 17599

Dem kassenärztlichen Bereitschaftsdienst in Berlin auf die Beine helfen!

Drucksache 18 / 17582

Entwicklung privater Berufsschulen

Drucksache 18 / 17551

Linksextreme Schläger als Kindergärtner

Drucksache 18 / 17495

Schulen und (soziale) Klassen

Drucksache 18 / 17547

Asylzugänge und Abschiebungen in 2018

Drucksache 18 / 1749

Berlin: Entwicklung der allgemeinbildenden Privatschulen

Drucksache 18 / 17549

Lernmittelbefreiungsquote an Berliner Schulen als Indikator sozialer Segregation

Drucksache 18 / 17546

Migrantenunterkünfte in der Bäkestraße, Lichterfelde

Drucksache 18 / 17487

Arbeitsmarktintegration und Sozialleistungsbezug von Asylbewerbern

Drucksache 18 / 17478

Polizeiliche Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen

Drucksache 18 / 17486

Dienstbekleidung der Berliner Polizei im Winter

Drucksache 18 / 17463

Widersprüchliche Angaben des Senats zu Abschiebezahlen in 2018

Drucksache 18 / 17420

Demonstrationen gegen Veranstaltungen demokratisch gewählter Parteien

Drucksache 18 / 17395

Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz

Drucksache 18 / 17345

Erhaltungsmanagement Straßeninfrastruktur

Drucksache 18 / 17308

Erhaltungsmanagement Brückeninfrastruktur

Drucksache 18 / 17309

Unterstützung von Sportvereinen bei Integrationsprojekten

Drucksache 18 / 17323

Lernförderungen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler in Berlin

Drucksache 18 / 17322

Polizeischutz für Islamkritiker

Drucksache 18 / 17278

Gerüchteküche um Hubertus Knabe – Druck auf das Landgericht

Drucksache 18 / 17256

Abgasabsauganlagen bei der Berliner Feuerwehr

Drucksache 18 / 17243

Beratungsfirmen des Senats

Drucksache 18 / 17147

Feindeslisten linksextremer Gruppen

Drucksache 18 / 17145

»Diskriminierung an Berliner Schulen«

Drucksache 18 / 17110

Würdigung und Respekt für den Einsatz der Berliner Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte

Drucksache 18 / 17078

Stadionneubau Hertha BSC

Drucksache 18 / 17116

Sanierungskosten der Berliner Strandbäder

Drucksache 18 / 17114

Berlin: Drogentherapie

Drucksache 18 / 17036

Vandalismus in Immobilien zur Flüchtlingsunterbringung

Drucksache 18 / 17038

»Duldungen aus gesundheitlichen Gründen – Missbrauch und Gegenmaßnahmen«

Drucksache 18 / 17020

Jugendarbeitslosigkeit in Berlin bekämpfen!

Drucksache 18 / 17022

Berlin: Fachpersonal an Ganztagschulen

Drucksache 18 / 16935

Berlin: Gemeinschaftsschulen (I)

Drucksache 18 / 16936

Berlin: Inklusive Schwerpunktschulen

Drucksache 18 / 16937

Unterstützung für »bedürftige« Haustiere

Drucksache 18 / 16886

Schleuserkriminalität in Berlin

Drucksache 18 / 16885

Spreeterrassen am Berliner Schloss / Humboldt-Forum

Drucksache 18 / 16974

Tuberkulose, die tödlichste Infektionskrankheit der Welt, überwinden!

Drucksache 18 / 16877

Armut bekämpfen! – Fast jeder fünfte Berliner braucht Mindestsicherung

Drucksache 18 / 16878

Nutzung des Berliner ÖPNV durch schulpflichtige Kinder

Drucksache 18 / 16857

Zuwendungen an parteinahe Stiftungen durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Stiftung)

Drucksache 18 / 16778

Geburtenstatistik Berlin

Drucksache 18 / 16822

Smartboards an Berliner Schulen

Drucksache 18 / 16777

Staatliche Mittel für das Bündnis »Stopp die AfD«

Drucksache 18 / 16824

Maßnahmen des Senates gegen die Bedrohung und Erpressung von Richtern

Drucksache 18 / 16823

Staatliche Mittel für das Bündnis »AfD wegbassen«

Drucksache 18 / 16825

Versäumnisse des Landgerichts Berlin?**Sexualstraftäter aus Sicherungsverwahrung freigelassen**

Drucksache 18 / 16745

Kältehilfe in Berlin 2018 / 2019

Drucksache 18 / 16617

Beseitigung von Fahrzeugen mit abgelaufenen**Versicherungskennzeichen**

Drucksache 18 / 16672

Verharmlosung von Linksextremismus durch den**Berliner Verfassungsschutz**

Drucksache 18 / 16553

Förderung des Stadtteilzentrums Steglitz e.V.

Drucksache 18 / 16600

Antisemitische Straftaten im ersten**Halbjahr 2018**

Drucksache 18 / 16557

Prämien für besondere Leistungen –**Ehrenmedaille für die Berliner Polizei**

Drucksache 18 / 16494

Umfang des Schulsports

Drucksache 18 / 16545

Versteckte politische Werbung an Schulen?

Drucksache 18 / 16446

Islamistischer Religionsunterricht

Drucksache 18 / 16430

Polizei, Feuerwehr, THW an Berliner Schulen

Drucksache 18 / 16431

Die privaten Bürgschaften für Asylbewerber in Berlin

Drucksache 18 / 16404

Kindergeld für ausländische EU-Bürger in Berlin, deren Kinder im Ausland leben

Drucksache 18 / 16405

Notfallversorgung an Berliner Krankenhäusern

Drucksache 18 / 16397

Ungewisse Zukunft des Berliner Olympiastadions

Drucksache 18 / 16068

Heilpraktiker (I): Zahlen

Drucksache 18 / 16006

Diktatpflicht an Schulen

Drucksache 18 / 15990

Zum Begriff der Migrationsgesellschaft

Drucksache 18 / 15942

Erdogan-Besuch wird für Berlins Polizei zum Großeinsatz – Welche Kosten werden aller Voraussicht nach bei dem Staatsbesuch entstehen?

Drucksache 18 / 15941

Lehrermangel und Erziehermangel: Kenntnis des Senats

Drucksache 18 / 15895

Fahrradstellplätze an Bahnhöfen

Drucksache 18 / 15901

Personalienfeststellung bei der BVG

Drucksache 18 / 15955

Online KFZ-Zulassung

Drucksache 18 / 15828

Bundesjugendspiele in Berlin

Drucksache 18 / 15817

Deutsches Sportabzeichen für Kinder und Jugendliche in Berlin

Drucksache 18 / 15818

Steglitz-Zehlendorf: Fachfremd erteilter Unterricht

Drucksache 18 / 15781

E- Ladesäulen in Berlin, speziell im öffentlichen Raum

Drucksache 18 / 15687

Berlin: Radwegenutzung – Schönwetterfahrer oder Dauernutzung?

Drucksache 18 / 15654

Berlin: Radwege vor Naturschutz – das grüne Stadtbild in Gefahr?

Drucksache 18 / 15655

Diffamierung von demokratischen Institutionen und Andersdenkenden in vom Senat und den Bezirken geförderten Publikationen

Drucksache 18 / 15595

Notfallsäulen in U- und S-Bahnhöfen

Drucksache 18 / 15604

Straßenbäume in Berlin

Drucksache 18 / 15602

KFZ-Zulassungsstellen in Berlin

Drucksache 18 / 15603

Entwicklung der Zahl der Ausreisepflichtigen im Land Berlin vom 01.01.2014 bis 30.06.2018

Drucksache 18 / 15540

Vorkaufsrecht und Erwerbskosten für Wohnraum durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften

Drucksache 18 / 15558

Fehlende U-Bahn-Wagen

Drucksache 18 / 15553

Langsamfahrstrecken Straßenbahn

Drucksache 18 / 15554

Berlin: Greenpeace vergeht sich am Großen Stern

Drucksache 18 / 15507

Polizeieinsatz nach Hochzeitskorso

Drucksache 18 / 15511

Wartezeiten im Notfall

Drucksache 18 / 15432

»Fly In« von mehr als 20 Rosinenbomben anlässlich des 70. Jubiläums des Endes der Luftbrücke

Drucksache 18 / 15404

Einschulungen an öffentliche Grundschulen in Berlin in einem anderen als dem Wohnbezirk

Drucksache 18 / 15429

Plant der Senat allen Obdachlosen unabhängig von ihren »staatsangehörigkeits- und aufenthaltsrechtlichen Verhältnissen« Wohnungen in Berlin zu verschaffen?

Drucksache 18 / 15330

Elektro-Scooter in Berlin

Drucksache 18 / 15314

Zielgruppenspezifische Bildungsarbeit gegen Judenfeindlichkeit

Drucksache 18 / 15246

Betrügerische Aufenthaltsschleichung

Drucksache 18 / 15205

Sekundarschulen ohne Oberstufe

Drucksache 18 / 15164

Geduldeter Gebäudeleerstand in Berlin?

Drucksache 18 / 15115

Berlin: Betreuungszeiten in Kitas, Horten und in der Kindertagespflege

Drucksache 18 / 15116

Berlin: Leitfaden für die Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Handwerksbetrieben

Drucksache 18 / 15118

Strafrechtliche Aufarbeitung der Volksbühnen-Besetzung vom September 2017

Drucksache 18 / 15063

Berlin: Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis (JoA)

Drucksache 18 / 15005

Berlin: Berufliche Ausbildung

Drucksache 18 / 15002

**Berlin: Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne
Ausbildungsvertrag**

Drucksache 18 / 15010

**Bekämpfung der organisierten Kriminalität als
Aufgabe des Verfassungsschutzes**

Drucksache 18 / 15042

Durchgefallen – Führerscheinprüfungen in Berlin

Drucksache 18 / 14980

**Berlin: Schüler-Lehrkräfteverhältnis an
staatlichen Schulen**

Drucksache 18 / 14967

Nichtschwimmerquote am Ende der 3. Klasse

Drucksache 18 / 14965

Weiterbau U7 bis Schönefeld und BER

Drucksache 18 / 14930

**Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache an
Grundschulen, Sekundarschulen und Gymnasien**

Drucksache 18 / 14893

**Auftragsvergaben im Rahmen der Unterbringung
von Asylbewerbern**

Drucksache 18 / 14901

**Berlin: Schulische Ordnungsmaßnahmen und
»unbeschulbare« Schüler**

Drucksache 18 / 14971

**Was bedeutet es, dass »Berlin 200 000 Ausländer
vergessen hat«?**

Drucksache 18 / 14928

**Berlin: Abitur-Erfolgsquote und
Abiturnotendurchschnitt**

Drucksache 18 / 14970

Formel-1-Rennen in Berlin?

Drucksache 18 / 14828

Lärmschutzwände

Drucksache 18 / 14852

Graffiti in Berlin

Drucksache 18 / 14904

Ausbruchsversuche in Berliner JVA

Drucksache 18 / 14748

AG »Schwimmunterricht in Grundschulen«

Drucksache 18 / 14844

Neues Tourismuskonzept für Berlin

Drucksache 18 / 14749

Durchsetzung des Schulgesetzes

Drucksache 18 / 14004

Müllmeldungen

Drucksache 18 / 13987

Gewalt im Berliner Amateurfußball

Drucksache 18 / 13983

Weiterbildungsmöglichkeiten in Berlin (I)

Drucksache 18 / 13943

Fluktuation und Krankenstand bei der BVG

Drucksache 18 / 13892

Auswanderung nach Israel aus Berlin

Drucksache 18 / 13840

Situation des Schulsports in Berlin

Drucksache 18 / 13833

**Gibt es ein Problem mit Quereinsteigern im
Bildungswesen?**

Drucksache 18 / 13687

PKW-Zulassungen in Berlin

Drucksache 18 / 13659

Taxigewerbe

Drucksache 18 / 13614

**Wird die Bundeswehr von unseren Schulen
ausgeschlossen?**

Drucksache 18 / 13615

Kosten pro Schüler in Berlin

Drucksache 18 / 13613

Elektronisches Klassenbuch

Drucksache 18 / 13589

BVG Ticketautomaten

Drucksache 18 / 13507

Verluste im Fernwärmenetz der Stadt

Drucksache 18 / 13395

Leihfahrräder in Berlin

Drucksache 18 / 13328

Sexuelle Übergriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln

Drucksache 18 / 13324

Verwendung des rückfließenden SED-Vermögens

Drucksache 18 / 13306

Studentenvertretungen an Berliner Hochschulen

Drucksache 18 / 13307

**Kindertagesstätte Wedellstrasse in Berlin-
Lankwitz**

Drucksache 18 / 13326

Bereitstellung eines kostenlosen ÖPNV in Berlin

Drucksache 18 / 13193

**Mieterhöhungen in 2017 und 2018 für
Sozialwohnungen**

Drucksache 18 / 13248

Kunst im öffentlichen Raum in den Bezirken

Drucksache 18 / 13110

Häusliche Gewalt und Gewaltschutzgesetz

Drucksache 18 / 13084

Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen

Drucksache 18 / 13085

Entwicklung der Asylpolitik im Jahre 2017

Drucksache 18 / 12988

Fahrkartenkontrollen bei der BVG

Drucksache 18 / 12969

Gender Studies in Berlin: Professuren, Studenten und Absolventen

Drucksache 18 / 12929

Unfälle bei der BVG

Drucksache 18 / 12831

Kritische Bestandsaufnahme: Kinder- und Jugendzentren in Berlin

Drucksache 18 / 12812

Kosten für Sicherheitsmaßnahmen auf Berliner Weihnachtsmärkten

Drucksache 18 / 12846

Fachkräftemangel in Kindertagesstätten

Drucksache 18 / 12844

Car Sharing in Berlin

Drucksache 18 / 12848

ICC Berlin – Wie weiter?

Drucksache 18 / 12780

Deutsche Sprache als Umgangssprache im Berliner Polizeidienst

Drucksache 18 / 12652

Kabelklau bei der S-Bahn Berlin

Drucksache 18 / 12629

Zuschüsse für die BVG

Drucksache 18 / 12628

Aussetzung von Strafen zur Bewährung

Drucksache 18 / 12520

Nutzung des Super-Ferien-Passes von Kindern und Jugendlichen in Berlin

Drucksache 18 / 12485

Gender Mainstreaming – Nutzen und Kosten

Drucksache 18 / 12522

Sicherheitslage in den Berliner Sommerbädern

Drucksache 18 / 12476

Verheiratete Kinder unter 18 Jahren

Drucksache 18 / 12241

Missbrauch von Briefwahlunterlagen

Drucksache 18 / 12260

30-minütige Senatssitzung in Brüssel – Ausnahme oder Regel?

Drucksache 18 / 12253

Schuldner- und Insolvenzberatung in Berlin

Drucksache 18 / 12188

Ursachen von Brückenschäden

Drucksache 18 / 12155

Abfahrtszeiten BVG und zu frühes Abfahren

Drucksache 18 / 12139

Belastung der Wasserqualität in Berlin durch Arzneimittel

Drucksache 18 / 12075

Sprach- und Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive

Drucksache 18 / 12025

Erhöhte Geburtenquote und deren Zusammensetzung

Drucksache 18 / 12137

Verfolgte Christen auch in Deutschland

Drucksache 18 / 12138

Anfrage zum Besuch des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller in Berlins Partnerstadt Moskau vom 13.03.2017 – 15.03.2017

Drucksache 18 / 11977

Zu geringer Wasserverbrauch in Berlin – welche Kosten, welche Konsequenzen?

Drucksache 18 / 11899

Gewalttaten im Zuwanderermilieu

Drucksache 18 / 11819

Berliner Polizei – Schießstätten

Drucksache 18 / 11761

Heimatreisen von Migranten

Drucksache 18 / 11689

Kinderarmut

Drucksache 18 / 11608

Kindergesundheit

Drucksache 18 / 11610

Jugendberufsagentur

Drucksache 18 / 11607

Betrieb kommunaler Galerien und Kunstvereine

Drucksache 18 / 11632

Pflegebetrug – besser erkennen und verhindern

Drucksache 18 / 11545

Polizeiliche Kriminalstatistik und Auseinandersetzungen / Aggressionen in Berliner Zuwandererunterkünften

Drucksache 18 / 11269

Leerstehende Asylunterkünfte – Ausmaß und Kosten

Drucksache 18 / 11246

Antreffen von Asylbewerbern ohne gültigen Fahrschein im ÖPNV

Drucksache 18 / 11257

Belästigung von Fahrgästen in S- und U-Bahn durch aggressive Bettler und Musikanten

Drucksache 18 / 11259

Reinigung von Zuwandererunterkünften

Drucksache 18 / 10815

Unterstützung von Existenzgründern und Selbstständigen durch Jobcenter

Drucksache 18 / 10814

Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe ohne Ausbildungsvergütung bzw. mit Schulgeld

Drucksache 18 / 10784

Entwicklung der Maserninfektionen in Berlin im Vergleich zur Anzahl der Schutzimpfungen

Drucksache 18 / 10491

Gewalt gegen Polizisten

Drucksache 18 / 10359

Müllentsorgung im öffentlichen Raum

Drucksache 18 / 10147

Eigentümerlose Immobilien

Drucksache 18 / 10151

Derzeitiger Vermietungsstand landeseigener Wohnungen

Drucksache 18 / 10152

Beachtung von Natur-, Landschaftsschutz- und Bauvorschriften bei der Errichtung oder Einrichtung von Zuwandererunterkünften

Drucksache 18 / 10094

Kältehilfe und Obdachlosigkeit in Berlin

Drucksache 18 / 10046

So wollen wir Politik konkret gestalten:

Eine Auswahl unserer Anträge für eine bessere Politik für die Berliner

Hauptstadtfunktion mit dem Komplettumzug der Ministerien nach Berlin bis zum 31.12.2024 vollenden!

Drucksache 18 / 1843

Überdeckung der Stadtautobahn im Bereich Funkturm / Kantstraße / Messedamm / Kaiserdamm qualifiziert planen – mit Verhandlungsverfahren und Teilnahmewettbewerb!

Drucksache 18 / 1838

Flüchtlingsbürgern zur Kasse bitten – nicht die Steuerzahler!

Drucksache 18 / 1810

70 Jahre Luftbrücke: Rosinenbomber noch einmal auf dem Flughafen Tempelhof landen lassen!

Drucksache 18 / 1791

Rückkehr zur Vernunft – Abschaffung der sogenannten »gendergerechten Sprache«

Drucksache 18 / 1649

Keine Gesinnungskontrolle bei Kita-Eltern – Verwendung und Verbreitung der Broschüre »Ene, mene, muh – und raus bist du!« der Amadeu-Antonio-Stiftung in staatlichen Kitas untersagen!

Drucksache 18 / 1517

Halterungen für Pfandflaschen an BSR-Mülleimern flächendeckend anbringen

Drucksache 18 / 1416

Steuerung der beruflichen Bildung: Berlin braucht ein Landesinstitut für berufliche Bildung

Drucksache 18 / 1364

Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen

Drucksache 18 / 1061-1

SED-Millionen für ein »Haus der DDR-Opposition« im Palais am Festungsgraben

Drucksache 18 / 0967

Arbeitsbedingungen an Berliner Schulen verbessern: Zehn-Punkte-Plan

Drucksache 18 / 0864

Weiterplanung der noch fehlenden Bauabschnitte der A100 bis zum kompletten Ringschluss

Drucksache 18 / 0847

Neuen Wohnraum schaffen – Einheimischenmodell für Berlin

Drucksache 18 / 0745

Zuwanderung endlich wirksam steuern und begrenzen – Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aufheben

Drucksache 18 / 0622

Lückenschluss durch Verlängerung der U3 zum S-Bahnhof Mexikoplatz

Drucksache 18 / 0463

Landeseigene Wohnungen an die Mieter privatisieren, historische Chance niedriger Zinsen nutzen, Wohneigentumsanteil in Berlin erhöhen

Drucksache 18 / 0346

Zeitgemäße Fahrkartenautomaten im VBB und in der BVG-Tram

Drucksache 18 / 0326

Senkung der Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum

Drucksache 18 / 0067

Verbot der Vollverschleierung

Drucksache 18 / 0017

Treten Sie mit uns in Kontakt!

Dr. Hans-Joachim Berg, MdA

(V.i.S.d.P.)

Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstr. 5

10117 Berlin

Telefon: (030) 2325-2670

E-Mail: berg@afd-fraktion.berlin

www.hansjoachimberg.de

Dr. Hans-Joachim Berg auf Twitter:

twitter.com/HansJoachimBerg

Bürgerbüro

»Büro für Staatsreparatur«

Jungfernstieg 4c

12207 Berlin

Telefon: (030) 20 96 77 555

Alternative für Deutschland Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5

10117 Berlin

Telefon: (030) 2325-2622

E-Mail: info@afd-fraktion.berlin

www.afd-fraktion.berlin

AfD Berlin auf Facebook:

facebook.com/AfDFraktionAGH

AfD Berlin auf Twitter:

twitter.com/AfDFraktionAGH

Gekommen, um zu bleiben!

UNBEQUEM. ECHT. MUTIG.

